



Witten, den 08.09. 2020

WAHLEN ZUM STADTRAT AM 13. SEPTEMBER

MEHRHEIT GEGEN MIETENWAHNSINN?

Am 13. September 2020 sind Kommunalwahlen. Der MieterInnenverein Witten hat aus diesem Anlass seine Erwartungen an die wohnungspolitischen Maßnahmen in der nächsten Wahlperiode in einem Positionspapier dargestellt und zu den wichtigsten Punkten „Wahlprüfsteine“ erstellt. In diesem kurzen Info können wir nur wenige Punkte hervorheben. Schon bei den ersten Ratssitzungen (zum Haushalt) werden wir sehen, wer Wort hält. Die Einzelheiten erfahren sie im Internet unter wahlen2020.mvwit.de.

Gefragt haben wir CDU, FDP, SPD, Grüne, Bürgerforum, WBG, Die Linke, Piraten und Basisdemokratische Liste. Reagiert haben SPD, Grüne, Bürgerforum, Die Linke, Piraten, Basisdemokratische Liste und die Liste „AUF Witten“. Das Bürgerforum hat nur ein allgemeines Statement abgegeben.

MIETSPIEGEL: Nach den letzten Kommunalwahlen vor 5 Jahren gab es noch keine Mehrheit für einen qualifizierten Mietspiegel, der aus städtischen Haushaltsmitteln finanziert werden muss. Diese Situation nutzte vor allem der Wohnungskonzern LEG aus und begründete starke Mieterhöhungen unter Berufung drei Vergleichswohnungen. Nach Mieterprotesten konnte dann aber doch noch die Erhebung für den qualifizierten Mietspiegel kommunal finanziert werden. Heute unterstützen SPD, Grüne, Piraten, Linke, „Basisdemokraten“ und „AUF“ eindeutig einen aktuellen Mietspiegel.

MIETERHÖHUNGEN: Der Mietspiegel hat das Erhöhungsmodell der LEG beendet, führt aber keineswegs zu einer Deckelung der hohen Mieten, die von einem Teil der VermieterInnen nach Modernisierungen und bei Wiedervermietung verlangt werden. Die Stadt hat auf das Miet- und Preisrecht keinen Einfluss, sollte aber die wenigen Handlungsansätze, die sie hat, offensiv nutzen. Es stimmt deshalb hoffungsvoll, dass Linke, Piraten, SPD, Basisdemokraten, AUF und Grüne (letztere unter Vorbehalt, dass es dafür Personal gibt) versprechen, auf der Grundlage von § 9 Wirtschaftsstrafgesetz offensiv gegen Mietüberhöhungen vorzugehen. Betroffen davon in Witten wäre nicht zuletzt die Vonovia.

MILIEUSCHUTZ GEGEN VERDÄNGUNG: In den letzten Jahren mussten wir viel gegen die Folgen der „Modernisierungen“ von Vonovia und LEG kämpfen. Seit längerem fordern wir deshalb den Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen. Damit könnte die Stadt teuren Modernisierungen entgegenwirken und sich kommunale Vorkaufrechte sichern. Linke, Piraten, AUF und Basisdemokraten wollen die Verwaltung beauftragen, endlich mit der Arbeit an den Satzungen zu beginnen.

WOHNUNGSAUFSICHT: Bislang wurde diese kommunale Aufgabe, mit der der Vernachlässigung und dem Verfall von Wohnraum entgegenwirkt werden kann, sehr stiefmütterlich erfüllt, ja zum Teil sogar gegen die MieterInnen gewendet. Hier gibt es für eine neue Struktur ein „Ja“ bei den Piraten, Linken, Grünen, AUF und den Basisdemokraten. Die SPD will nur „prüfen und gegebenenfalls in unsere Arbeit aufnehmen“.

LEERSTAND: Eine auf den ersten Blick breite Zustimmung bei den antwortenden Parteien und Listen gibt es für unsere Forderung nach einer Wohnungszweckentfremdungssatzung nach Vorbild der Stadt Dortmund. Eine solche Satzung würde das Leerstehenlassen von Wohnraum unter Genehmigungsvorbehalt stellen.

KOMMUNALER WOHNUNGSBAU: Linke, Piraten, Basisdemokraten, AUF und Grüne befürworten eine gemeinnützige Dauerbindung der kommunalen Siedlungsgesellschaft, die im Gegenzug mit Kapitalaufstockungen und kommunalen Grundstücken für mehr sozialen Wohnungsbau fit gemacht wird. Die SPD ist da wegen der Finanzen skeptisch, setzt auf Genossenschaften und will Privatinvestoren nicht verprellen.

ERBPACHT: In allen konkreten Antworten wird versprochen kommunale Grundstücke ausschließlich (Linke) oder nur vermehrt (SPD) nach sozialen und ökologischen Kriterien in Erbpacht zu vergeben.

In der folgenden **Tabelle** versuchen wir, die Antworten von Linken, Piraten, Grünen und SPD zusammen zu fassen. Die „basisdemokratische Liste“ und „AUF WITTEN“ haben die aufgeführten Fragen bis auf die Bebauung am Kornmarkt bejaht. Die Liste „Bürgerforum“ hat überwiegende Zustimmung signalisiert, die einzelnen Fragen aber nicht beantwortet. Obwohl sie gefragt wurden, haben CDU, FDP und WBG nicht geantwortet. Der Wortlaut der Antworten steht auf wahlen2020.mvwit.de.

Antworten auf die kommunalpolitischen Wahlprüfsteine des MieterInnenvereins Witten 2020

Forderung	LINKE	PIRATEN	GRÜNE	SPD
neues Wohnungs-versorgungskonzept	JA	JA	je nach Ratsmehrheit	Wenn attraktiv für Privatinvestoren
qualifizierter Mietspiegel	JA	JA	JA	JA
Verfolgung von Mietüberhöhung	JA	JA	JA, sobald Personal vorhanden	JA
Erhaltungssatzung gegen Teuermodernisierung	JA	JA	nur im Konsens mit dem Stadtrat	wir wollen das prüfen lassen
Leitlinien nachhaltige Wohnungsbewirtschaftung	JA	wollen wir mit MieterInnenverein diskutieren	NEIN	wollen wir mit MieterInnenverein diskutieren
Dauerbindung und Förderung der Siedlungsgesellschaft	JA	JA	grundsätzlich JA, je nach Ratsmehrheit	Vereinbarung mit Genossenschaften
Kriterien gemeinnützige Wohnungswirtschaft	JA	JA	JA	wollen wir genau prüfen
Wohnungsaufsicht neu aufstellen	JA	JA	JA	wollen wir prüfen
Satzung gegen Wohnungsleerstand	JA	JA	JA, aber nicht 2021	wollen wir prüfen
mehr Mietwohnungen auf Wohnbauflächen prüfen	JA	JA	JA	schon alles vergeben
Kornmarkt: mehr Qualität, ökologische Sozialwohnungen	Kein Wohnungsbau, aber „grüne Oase“	NEIN	NEIN, nicht mehr möglich	NEIN, nicht mehr möglich
Wohnungsbau mindestens 50% sozial / gemeinnützig	100 %	NEIN, alle Eigentumsformen	grundsätzlich JA, wenn Investoren gefunden	würden wir gerne, aber Investoren fehlen
Pilotprojekt kommunaler Mietwohnungsbau	JA	?	JA	?
Vergabe kommunaler Grundstücke Kriterien in Erbpacht	JA	JA	JA	Erbpacht stärker nutzen
dezentrale Unterbringung von Wohnungslosen und Geflüchteten ausbauen	JA	JA	JA	teilweise
Aufgaben des Wohnungswesens bündeln (z.B. Wohnungsamt)	JA	JA	noch keine Position	noch keine Position
Übernahme höhere Hartz IV-Mieten bei klimagerechten Wohnungen	JA	JA	JA	Anfrage an die Kreistagsfraktion
bei Sozialleistungen: Übernahme von Mitgliedsbeiträgen im MieterInnenverein	JA	JA	JA, bei konkretem Beratungsbedarf	Thematisierung über Kreistagsfraktion

Die Liste „Stadtklima“ von Michael Hasenkamp haben wir wegen dessen rechter Vergangenheit bewusst nicht gefragt. Die AfD kandidiert nicht zum Wittener Stadtrat. Auch bei den anderen Abstimmungen gilt:

**Keine Stimme an die Rechten, Verschwörungsfantasten, Rassisten und Marktradikalen!
Keine Stimme an die AfD!**